



Herr
Regierungsrat Urs Wüthrich,
Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion
Rheinstr. 31
Postfach
4410 Liestal

Liestal, 20. Februar 2012

Vernehmlassung betreffend die interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Wüthrich

Gerne nehmen wir die Möglichkeit wahr, nochmals zur interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen Stellung nehmen zu können. Wir möchten uns für die Gelegenheit dazu bedanken.

Grundsätzlich verweisen wir auf unsere erste Stellungnahme vom 31. Oktober 2010, die immer noch Gültigkeit hat und in welcher wir die Harmonisierung des Stipendienwesens in unserem Land begrüßten und deshalb die Vorlage unterstützten. Die dort angemerkten Punkte gelten weiterhin.

Wir anerkennen in unserer heutigen zweiten Stellungnahme, dass mit der jetzigen Vernehmlassung auch die entsprechenden Gesetzesänderungen präsentiert werden, wie dies die Kantonsverfassung beim Abschluss von Staatsverträgen vorsieht und wie dies von uns im Oktober 2010 gewünscht wurde.

Wir begrüßen auch, dass mit dem Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung alle nachobligatorischen Ausbildungsgänge ab der Sekundarstufe II abgedeckt werden. Dies im Gegensatz zur Stipendien-Initiative der Schweizerischen Studierendenschaft, die sich auf den Tertiärsektor konzentriert. Wir sehen es zudem als richtig an, dass der Regierungsrat weiterhin auf Stipendien setzt und eine Verschiebung von Stipendien hin zu Darlehen als nicht sinnvoll erachtet. Wir bemängeln jedoch nach wie vor, dass nur Regelungen für Erstausbildungen beschrieben werden und nicht auch der in der heutigen Zeit immer wichtigere Bereich der Zweitausbildung und Weiterbildung ins Auge gefasst wird.

**Sozialdemokratische Partei
Baselland**

Rheinstrasse 17
Postfach 86 · 4410 Liestal

Telefon 061 921 19 71
Telefax 061 921 68 70

info@sp-bl.ch
www.sp-bl.ch



Auch die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) äusserte sich Anfang 2012 zum Stipendienwesen. Sie stellte fest, dass vermehrt auch über das Zusammenwirken von Stipendien und Sozialhilfe nachgedacht werden sollte, damit die leider überproportionale Abhängigkeit der 18- bis 25-Jährigen von der Sozialhilfe bekämpft werden kann. Wer eine Ausbildung macht, sollte künftig nicht mehr Sozialhilfe beziehen müssen, sondern von Stipendien leben können. Dieser Grundsatz entspricht einer Systemlogik: Die Kernaufgabe der Sozialhilfe ist die Existenzsicherung. Die Stipendien hingegen müssen so ausgestaltet sein, dass auch junge Menschen aus bildungsfernen und wirtschaftlich schwachen Familien davon profitieren können. Die Praxis des Kantons Waadt hat in diesem Zusammenhang Pioniercharakter. Junge Sozialhilfeempfänger sollen in Richtung einer Ausbildung gefördert werden, was mit Stipendien gezielter passieren kann. Die SKOS sucht das Gespräch mit den Sozial- und Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (SODK und EDK). Ziel ist, gemeinsam Lösungen erarbeiten zu können. Diese Bestrebungen unterstützen wir.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen und dafür, dass die Vertretung unseres Kantons diese Anliegen auch in der Erziehungsdirektorenkonferenz vertreten wird.

Mit freundlichen Grüssen

Sozialdemokratische Partei Baselland

Martin Rüegg, Parteipräsident